

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 46

Köln, den 14. November 1930

31. Jahrg.

Tarispolitik und Vertragswesen.

Vortrag von Christian Schick-Köln auf dem 13. Verbandstage.

Seit Bestehen unseres Verbandes hat die Frage der Lohngestaltung nie so im Vordergrund gestanden, als das heute der Fall ist. Unsere Stellungnahme zur Lohngestaltung und den damit zusammenhängenden Fragen war in unserem Verbands stets eine bestimmte. Weder Krieg, Revolution noch Inflation, haben die Richtigkeit unserer Haltung und unsere Bestrebungen zu erschüttern vermocht. Die zeitigen Wirtschaftsschwierigkeiten mit all ihren Erscheinungen, mit all ihren Belehrungen, von berufener wie von unberufener Seite, werden uns eine andere Einstellung und Überzeugung nicht aufzwingen können.

Hemmnisse und Schwierigkeiten können uns zu verschiedenartigen taktischen Maßnahmen zwingen, nach meinem Dafürhalten jedoch nicht zur Abkehr von der als richtig erkannten allgemeinen Einstellung zu dieser Frage.

Diese unsere Stellung ist begründet in der von uns immer betonten Forderung: „Wir verlangen eine richtige Bewertung der Handarbeitsleistung und eine dementsprechende Wertschätzung des Trägers der Arbeit in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.“ Diese Forderung ist bisher noch nicht erfüllt, sie ist nach einigen Erfolgen heute wieder sehr stark umstritten.

Daß Güter und Leistungen auf der Werttafel den entsprechenden Platz, oben und unten bekommen, der ihnen nach vernünftiger Auffassung gebührt, ist eine gerechte Forderung, und gebietet die Vernunft. Für elenden Tand, für nutzlose Handlungen gibt man Riesensummen aus. Wenn ein Boger einem anderen die Kinnbacken einschlägt, erhält er als Preis Millionen Mark. Bedeutet eine solche Tätigkeit Nutzen und Vorteil für die Menschheit? Unsinnige sonstige Leistungen werden riesenhaft bezahlt, während das wirklich Wertvolle mißachtet bleibt. „Ganz besonders hat unter der falschen Wertbemessung gelitten und leidet heute noch die Dienstleistung, körperliche und zum Teil auch geistige Arbeit.“ Die ungerechteste Verletzung hat das natürliche Gesetz einer richtigen Wertbemessung erfahren, indem der Handarbeitsleistung der gerechte Lohn vorenthalten wurde. Wer die Arbeitskraft eines anderen ausnützt, ohne ihm im Lohn den genügenden Ersatz der verbrauchten Kraft zukommen zu lassen, wer aus purem Gewinnstreben treue und fleißige Arbeiter rücksichtslos aufs Straßenpflaster schmeißt, trotzdem er bei gutem Willen Arbeitsmöglichkeiten beschaffen kann, handelt brutal, handelt unchristlich.

Maßstab einer richtigen Bewertung der Güter ist eine Frage der Bildung. Je gebildeter die Menschen werden, d. h. im echten

Sinne, um so eher werden sie den richtigen Maßstab für die Bewertung der Güter finden. Wenn ich die Frage der Bildung als Voraussetzung für eine bessere und richtigere Güterbewertung anführe, so meine ich damit die Allgemeinbildung, wie sie für ein Volk, das auf Kultur Anspruch erhebt, vonnöten ist. Körperliche Tätigkeit galt Jahrtausendlang als Schande, als eines freien Mannes unwürdig. Selbst Künstler, auf deren Kunstwerke die alten Griechen sehr stolz waren, galten nicht einmal als vollwertige Menschen. Das Christentum erst brachte eine Umwälzung der Auffassungen. In den Kreisen von Bildung und Besitz, scheint sich

Der Verbandstag fordert

jedoch die Einstellung der alten Philosophen bis auf den heutigen Tag in verderblicher Weise erhalten zu haben. Anders ist die Minderbewertung der Arbeitsleistung und auch die Geringschätzung des Trägers der Arbeit nicht zu erklären, auf die wir auf Schritt und Tritt stoßen. Wir wollen und müssen mit unserem Arbeitsverdienst auf der Werttafel der Wirtschaftsgüter den Platz einnehmen, der es uns ermöglicht, an den Fortschritten der Kultur und Technik teilzunehmen, und auch als vollwertige Staatsbürger anerkannt zu werden. Ich habe die Allgemeinbildung als Voraussetzung für eine richtige Eingruppierung auf der Werttafel der Güter vorausgesetzt. Bildungsmöglichkeiten setzen eine Arbeitszeitregelung voraus, die auch dem Arbeiter Zeit und Muße gewährt, seine Anlagen zur Entfaltung zu bringen. Auf diesem Gebiete haben wir im Laufe der Jahre einiges erreicht. Leider konnte sich

Arbeitszeitverkürzung 40 Stunden (5-Tage-)Woche

dieser Erfolg deshalb noch nicht genügend auswirken, weil infolge der unsicheren Existenzmöglichkeiten Sorgen und Kümernisse unseren Kollegen Hemmnisse bereiteten. Immerhin ist die verkürzte Arbeitszeit ein Fortschritt, der nicht unterschätzt werden darf. Es wäre allgemein gesehen, vorübergehend für uns tragbar, wenn man zugeben will, daß augenblickliche Wirtschaftsschwierigkeiten vorliegen, die Arbeitszeit noch zu verkürzen, ohne daß dafür sofort ein Lohnausgleich stattfinden müßte. Zu diesem Opfer könnte sich eine vernünftige Arbeiterschaft schon bereitfinden, nur um dem Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit, der Stellenlosigkeit entgegenzuwirken. Eine größere und schlimmere Geißel als die Arbeitslosigkeit gibt es für den Arbeiter einfach nicht, und es will geradezu scheinen, als ob man den Arbeiter mittels dieser Not auf die Knie zwingen will.

Zur Lohnfrage selbst. Ich habe eingangs von der Werttafel der Güter gesprochen, auf welcher die einzelnen Güter unter vernünftiger, volkswirtschaftlicher Einstellung ihren richtigen Platz

zur Entlastung des Arbeitsmarktes

finden müßten. Hat die Arbeitsleistung diesen richtigen Platz bisher gefunden, oder, um genauer zu sein, hat die Arbeitsleistung in der Dorkriegszeit diesen richtigen Platz eingenommen? Ich betone, in der Dorkriegszeit, weil gar viele sogenannte Wirtschaftsführer immer und immer wieder verlangen, daß der Lohn auf die Dorkriegszeit zurückgehen müßte.

Man mag die Werttafel aller Güter auf einen höheren oder niederen Wertsockel stellen, dadurch wird die Bewertung der Arbeitsleistung nicht geändert, damit hat die Arbeitsleistung noch lange nicht den richtigen Wertplatz gefunden. Darum aber handelt es sich für uns bei Beurteilung der zeitigen Lohnabbaubestrebungen.

Wenn man in Bausch und Bogen zur Zeit von einer notwendigen Preis- und Lohnsenkung redet, so will man damit angeblich erreichen, daß die Gesamt-Werttafel der Güter auf einen niedrigeren Nenner gestellt wird. Man will anscheinend nicht darangehen, eine vernünftige Bewertung der Güter herbeizuführen, sondern man will trotz der ohnedies bestehenden Unterbewertung der Arbeitsleistung und Überbewertung der anderen Güter, die eine Senkung ertragen und benötigen, die heutigen Zustände stabilisieren. Man redet von einem sogenannten Reallohn. Man kann bestenfalls von einem realen Wert des Lohnes reden, wenn man die Lebenshaltungskosten vergleichen will. In diesem Falle wird sich sehr bald und sehr leicht herausstellen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter weit hinter der Lebenshaltung weniger wichtiger Wirtschaftsträger zurücksteht. Der Führer einer unserer größten Bruderverbände hat kürzlich mal mit Schwung und Begeisterung folgenden Satz ausgesprochen: „Die und die Berufsgruppe hat den und den hohen Lohn, während die Gruppe sowieso noch nicht einmal den ‚Reallohn‘ hat.“ Dieser Satz läßt deutlich erkennen, welche Verheerung die Theorie vom Reallohn in manchen Köpfen angerichtet hat. Hier ist ganz gewiß der Begriff „Reallohn“ nicht klar gewesen.

Es gibt freilich Leute, die den Begriff Reallohn für gleichbedeutend mit Bedarfslohn halten, die auch glauben, damit Lohnpolitik machen zu können. Wir lehnen einen Lohn nach Bedarf ab, und müssen ihn ablehnen. Der Begriff „Bedarf“ bietet für uns keine lohnpolitische Grundlage. Wir würden sonst recht bald erleben, daß man uns, wie im Kriege, folgende Rechnung aufmacht: „Der Mensch braucht, um zu leben, nur so und soviel Gramm Eiweiß, so und soviel Gramm Fett, so und soviel Gramm Kohlehydrate, dieses genügt, einen Menschen zu ernähren.“ Dazu kommt dann noch ein Anzug aus Sackleinen und das berühmte Faß des Diogenes als Wohnung, und der Bedarf ist gedeckt, der Lohn kann auf Grund dieses „Bedarfs“ festgelegt werden, und — die soziale Frage ist gelöst. Wieder andere sehen in dem sogenannten Reallohn den Lohn der Dorkriegszeit nach der Indexberechnung. Diese Berechnung bietet allerdings die Handhabe, einigermaßen festzustellen, ob die Lebenshaltung des Arbeiters gestiegen oder gesunken ist. Da wollen wir ehrlich sein, und zugeben, daß es uns mit Mühe und Not gelungen ist, einigermaßen die Lohngrundlage der Dorkriegszeit wieder hergestellt zu haben, nachdem sie bis fast auf $\frac{1}{2}$ der Dorkriegszeit im Jahre 1924 bei Stabilisierung der Mark gesunken war. Von einer Konjunkturausnutzung, wie es in der Begründung des letzten Schiedsspruches der Berliner Metallindustrie heißt, durch welche die jetzigen zu hohen Löhne erreicht seien, kann gar keine Rede sein. Wir haben in der Zeit seit Stabilisierung der Mark überhaupt noch keine ausnützbar Konjunktur gehabt, wenigstens allgemein gesehen, nicht.

Wir haben ja soviel Rechnen gelernt, daß wir den Nachweis für unsere Behauptung erbringen können.

Im Monat Juli 1929, also in der Zeit, als wir die neuen Lohnverhandlungen führten, standen die Lebenshaltungskosten nach dem Index auf 154,4 Punkten, ohne Einbeziehung der Wohnung auf 161,6 Punkten. Wenn man bedenkt, daß heute wohl die meisten Kollegen, vor allem alle jungverheirateten, keine Altwohnung mit künstlich niedriggehaltenen Mieten haben, also auf Neubauwohnungen angewiesen sind, wird die Punktzahl der Lebenshaltungskosten für diese Leute weit die allgemeine von 161,6 Punkten überschreiten. Das bedeutet keine Lohnerhöhung von 100%, wie es so viele „Wirtschaftler“ hinzustellen belieben, sondern nur einen notwendigen Ausgleich gegenüber der Preissteigerung.

Dazu kommt aber noch folgendes: Unsere Tarifgrundlage hat sich wesentlich gegenüber der Dorkriegszeit verändert. Die in angeführter Berechnung bezeichneten Löhne sind die Spitzenlöhne der Facharbeiter über 22 Jahre. In unseren alten Verträgen war die Altersstaffel gar nicht vorgesehen. Früher galt nur die Einschränkung, daß im ersten Gesellenjahr freie Vereinbarung bestand, im zweiten der

Mindestlohn gezahlt wurde, und mit dem 19. Jahre galt für jeden der volle Tariflohn, der jetzt erst für Facharbeiter über 22 Jahre in Frage kommt. Nun kommen aber die Gegner gewerkschaftlicher Lohnpolitik und sagen: „Ja, die Wochenlöhne sind nicht so sehr gestiegen, weil die Arbeitszeit verkürzt wurde, die Wirtschaft ist aber nominell mit hohen Löhnen belastet, weil statt 52 nur 48 Stunden gearbeitet wird.“

Das sagt zwar kein ehrlicher Arbeitgeber im Holzgewerbe, das sagen aber eine Unzahl von Arbeitgeber Syndikatis, die von unserer Arbeitsleistung blutwenig verstehen. Selbst unter diesen haben sich inzwischen einige überzeugt, daß diese Argumentation falsch ist. Unsere Arbeitgeber im Holzgewerbe wissen ganz genau, und geben es auch bei den Tarifverhandlungen glatt zu, daß die Intensität der Leistung, neben der Mehrleistung durch maschinelle Verbesserungen wesentlich gestiegen, wodurch die verkürzte Arbeitszeit längst ausgeglichen ist, also die ausfallenden Arbeitsstunden keine Verteuerung der Produktion bringen. Schauen wir uns einmal die Preise für unsere Erzeugnisse ab Werkstatt an. In der Möbelindustrie werden heute Gegenstände hergestellt, die dem Friedenspreise gleichkommen, mit dem Unterschiede, daß solche minderwertige Sachen wie früher nicht mehr verlangt werden. Unsere Küchen-, Herren- und Schlafzimmer in der heutigen gangbaren Form, konnten beim besten Willen in der Dorkriegszeit nicht billiger hergestellt werden.

Inwieweit ungefundene Handelspannen die Produkte verteuern, ist eine andere Frage. Jedenfalls können solche das Arbeitslohnkonto nicht belasten.

Wenn weiter zur Zeit in Köln, wo der höchste Tariflohn von 129 Pfennigen zu zahlen ist, eine Dreifüllungstür, fein sauber für 14.— RM geliefert wird, so ist das wiederum ein Beweis dafür, daß die Arbeitslöhne eine gesunde Preisgestaltung nicht behindern. Diese Tür kostete in der Dorkriegszeit ab Werkstatt mindestens 20.— RM. Was wir also an wirklicher Verbesserung unserer Lebenshaltung erreicht haben, das haben wir in der Dorkriegszeit erreicht. In der Zeit von 1900 bis 1914 haben wir unsere Löhne um 50 bis 80% gesteigert. Die Differenz ergibt sich aus der Verschiedenartigkeit der damaligen Löhne, weil vorher keine Tarifgrundlage bestand.

Diese wesentliche Erhöhung der Löhne war möglich, ohne daß in der genannten Zeit das allgemeine Preisniveau gestiegen wäre. Die Preise aller Bedarfsgegenstände, auch für Nahrung und Wohnung, waren stabil. Man macht übrigens im Laufe der Zeit mancherlei Beobachtungen. Es sind noch keine zwei Jahre her, da wollte man uns plausibel machen, daß wir alle Veranlassung hätten, auch während der Laufdauer der Lohnverträge, neue Forderungen zu stellen, wenn die Indexziffer um einige Punkte gestiegen sei. Heute schreiben sogenannte „stille Beobachter“: „Sie würde (die Regierung Brüning) an einer Kürzung der Beamtengehälter nicht vorbeikommen, und die Nominalpreise und Nominallohnsätze würde sie weder allenthalben bestehen lassen wollen, noch bestehen lassen können.“ Auch hier sehen wir, daß „stille Beobachter“ gar nicht daran denken, eine richtige Bewertung der Arbeitsleistung herbeizuführen, sondern rein schematisch verfahren wollen, weil man glaubt, daß ein niedriger Lohn die Preise senken müsse. Handelspannen, die doch auch im Preis enthalten sind, werden von den Wirtschaftskritikern selten oder doch nur ungenügend beachtet.

Wenn wir Lohn- und Tariffragen in der Hauptsache mit den Arbeitgebern zu verhandeln hätten, die aus dem Berufe hervorgegangen sind, würden wir nicht die bekannten Schwierigkeiten haben. Ohne Schlichtungsapparat, ohne Verbindlichkeitserklärung würden wir schon mit den Arbeitgebern einig werden. An deren Stelle haben wir uns aber herumzuschlagen mit Akademikern, mit Syndikatis, die von der Arbeitsleistung selten eine Vorstellung haben. Ich erinnere mich noch sehr gut einer Tarifverhandlung, in der ein greiser Obermeister der Gelsenkirchener Tischlerinnung erklärte: „Was soll der Kampf? Jawohl, es ist richtig, wir haben bisher zu lang und zu billig gearbeitet, wir haben uns selbst unterbewertet, wir darben, während andere ein Schlemmerleben führen.“ So sprach ein Arbeitgeberführer. Schnell waren wir uns darauf einig. Unsere damaligen Vereinbarungen sind die Grundlage geworden für unser heutiges Tarifwesen im Holzgewerbe. In diesen Gebieten finden wir auch heute noch unsere ehrlichsten Vertragspartner.

Im allgemeinen hat sich unser Tarifwesen nicht viel verändert. Abgesehen von der leibigen Urlaubsfrage, die trotz neuerer Umschreibung immer und immer wieder zu Schwierigkeiten führt, haben die übrigen Bestimmungen allmählich eine ziemlich sichere Rechtsgrundlage geschaffen. Der Ferienstreit wird auch bleiben, solange nicht eine andere Allgemeinregelung erfolgt, wie wir sie auf

dem letzten Verbandstag in Nürnberg durch Annahme einer Entschließung gefordert haben.

Als Problem war in der Berichtszeit die Lehrlingsfrage zu lösen. Das ist bei Schaffung des neuen Mantelvertrages gelungen und konnte, zwar in anderer Form, auch in Rheinland-Westfalen durchgeführt werden. In letzterem Falle bedurfte es allerdings eines 7 Wochen langen Streiks.

Wir haben diese letzterwähnte Regelung allein gemacht, und tragen dafür die Verantwortung. Es ist dieserhalb zu einem Konflikt

zwischen uns und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband gekommen, der uns dafür dort, wo wir in der Minderheit sind, Schwierigkeiten macht.

Was soll werden, wo der große Sturm auf Lohnabbau entfacht ist? Dagegen werden wir uns wehren, dagegen werden wir Front machen, auch selbst dann, wenn der Lebenshaltungsindex noch um einige Punkte sinken sollte, weil unsere Arbeitsleistung nicht die Bewertung erlangt hat, die ihr gebührt. Wir haben schon früher vertragslose Zeiten gehabt, und haben sie überwunden. Wir werden auch diese überwinden.

Von den Verhandlungen des 13. Verbandstages.

(Fortsetzung)

Die Verhandlungen des Verbandstages begannen nachmittags, nachdem die Bürowahl und die Wahl der Mandatsprüfungskommission vorgenommen war. Zum 1. Vorsitzenden des Verbandstages wurde der Verbandsvorsitzende, Kollege Kurtzheid-Köln, und als Stellvertreter Kollege Gimpel-Hannover gewählt. Zur Schriftführung wurden bestellt die Kollegen Priebe-Schönlanke und Fiedler-Passau.

Als Mitglieder der Mandatsprüfungskommission wurden gewählt die Kollegen Blankenheim-Bonn, Graba-Breslau und Hoffmann-Mergentheim.

Der Verbandstag trat unter Leitung des Kollegen Gimpel in die Tagesordnung ein und nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen. Nachstehend veröffentlichen wir die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden, soweit dieselben nicht bereits in Nr. 45 des Verbandsorgans zum Abdruck gelangten.

Kurtzheid-Köln. Heute, wo die Massenproduktion vorherrschend und daher Massenabsatz erforderlich ist, spielt die Kaufkraft der Arbeiterschaft eine sehr viel bedeutendere Rolle in der Volkswirtschaft als ehemals. Wenn aber die anderen Schichten den Wirtschaftsertrag zum großen Teil vorweg nehmen, bleibt für die Arbeiterschaft nur noch ein kümmerlicher Rest. Darum müssen wir auch verlangen, daß endlich einmal der Behörden-Apparat in Reich, Staat und Gemeinden gründlich rationalisiert wird. Er ist zu groß und zu teuer, nicht nur in der Spitze, sondern allgemein. Es ist eine grobe Irreführung, wenn man uns sagt, an dieser Stelle könne nicht viel gespart werden. Nach meiner Meinung können mit Leichtigkeit mehrere Milliarden jährlich eingespart werden, ohne daß die Verwaltung darunter zu leiden braucht. Was der Behörden-Apparat heute an Gehältern, Aufwandsentschädigungen, Kinderzulagen, Wohnungsgeld, Pensionen, Sonderunterstützungen, Bürokosten, Reisekosten usw. verschlingt, ist für die Arbeiterschaft untragbar. Sie ist und bleibt unter diesen Verhältnissen trotz aller politischen Rechte im Staate einfach der Arbeitsklave, der sich für die anderen schinden und plagen muß. Eine Aufstiegsmöglichkeit, wie sie die Arbeiterschaft erstreben muß, wird dadurch vollständig unterbunden. Das sei insbesondere denen gesagt, die uns den Rat geben, wir sollten doch die anderen nicht herabziehen, sondern uns zu ihnen empor arbeiten. Ein solcher Rat entspringt entweder der Dummheit oder er bedeutet eine Verhöhnung der Arbeiterschaft.

Wenn die Milliarden, die für unseren Behörden-Apparat, sowie an sonstigen Stellen nutzlos verpulvert werden, den Arbeitern in Form von Löhnen zugute kämen oder wenn diese Milliarden für den Wohnungsbau verwandt würden, wäre das Heer der Arbeitslosen sehr viel kleiner, die Wohnungsnot für die Arbeiterfamilien wäre beseitigt und das Hinaustragen von Milliarden ins Ausland wäre unmöglich.

Schuld an diesen Zuständen ist in der Hauptsache mit die Sozialdemokratie. Hätte sie im vorigen Reichstag mit ihren 150 Abgeordneten den Kollegen Stegerwald, als er 1927 bei dem Beamten-Besoldungs-Skandal seine warnende Stimme erhob, unterstützt, wären wir so tief nicht herunter gekommen, wie wir es heute sind.

Zu diesen lebenswichtigen Fragen hat der Zentralvorstand schon seit Jahren in Wort und Schrift Stellung genommen. In unserem Geschäftsbericht ist darüber auf Seite 7—11 und Seite 18 und 19 ebenfalls einiges niedergelegt. Ich verweise ferner auf die Aufsätze in unserer Verbandszeitung, besonders auf den Aufsatz „Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ in Nr. 40 vom 2. Oktober ds. Js., sowie auf die Referate auf unseren Gautagen im Frühjahr ds. Js. Auch an anderen Stellen, besonders im Gesamtverband hat der Zentralvorstand stets in diesem Sinne seine Meinung zum Ausdruck gebracht.

Und wenn ich mir nun das Programm der Regierung ansehe, wie es darauf abzielt, das Reich von den sozialen Verpflichtungen für die Arbeitslosen zu entlasten, weitere Hauszinssteuermittel dem Wohnungsbau zu entziehen, die Arbeiter durch neue Steuern, durch Erhöhung der Agrarprodukte, durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung usw. am schwersten zu belasten, die Beamten dagegen noch ein halbes Jahr mit 6% Abzug zu verschonen, wenn ich ferner sehe, wie die so notwendige Verwaltungsreform nicht in Fluß kommt, dann zeigt mir das, wie stark auch heute noch die anti-sozialen Kräfte in unserem Lande sind. Kräfte, mit denen selbst ein Brüning und Stegerwald im Augenblick anscheinend nicht fertig werden konnten, und daher wohl nur, um den drohenden Zusammenbruch des Reiches zu verhindern, einem solchen Programm ihre Zustimmung gaben.

Ich kann leider mit Rücksicht auf die Zeit auf weitere Dinge nicht eingehen. Nur möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen, daß die Reparationslasten für die deutsche Arbeiterschaft untragbar sind, wenn sie nicht vollends verelenden will. Der Kampf dagegen kann daher gar nicht ernst genug von der deutschen Arbeiterschaft geführt werden.

Nun laßt mich noch kurz ausführen, was innerhalb unseres Verbandes geschehen muß, um, allen Widerständen zum Trotz, Oberwasser zu behalten. Der Winter steht vor der Tür. Die Arbeitslosigkeit wird nicht nur bestehen bleiben, sondern noch größer werden. Damit rechnet ja auch der Reichsarbeitsminister. Wir müssen uns darum im Verbands ebenfalls darauf einrichten.

Das Gros der Zahlstellenanträge, das betone ich sofort, bringt uns nicht über die Schwierigkeiten hinweg. Die meisten Zahlstellenanträge enthalten genau das Gegenteil von dem, was geschehen muß. Diese Anträge beweisen mir, welchen Illusionen die Antragsteller sich hingaben, als sie die Anträge stellten. Trotz der sehr weit gehenden Unterstützungen, die wir im Verbands bereits haben, rechnen die Antragsteller auf neue und höhere Unterstützungen, als ob das, was sich seit Jahren um uns herum vollzieht, keinerlei Einfluß auf den Verband ausübte. Was der Verband braucht, sind keine neuen Belastungen, sondern Entlastungen. Wir brauchen Reformen, welche die Schlagkraft des Verbandes erhalten, nicht aber solche, die sie untergraben. Die Angestellten des Verbandes sind bereits, wie auch in früheren Fällen mit gutem Beispiel vorgegangen, indem sie sich mit einer Herabsetzung ihrer Bezüge einverstanden erklärten. Wo irgendwie entbehrliche Ausgaben eingespart werden können, muß es geschehen.

Der Verband benötigt ferner eine viel intensivere Mitarbeit bei der Agitation. Ich hoffe, daß bei der Aussprache die Vertreter einmal darlegen, was in letzter Zeit in ihren Zahlstellen auf dem Gebiete der Agitation, besonders der Hausagitation, durchgeführt worden ist. Trotz der schlechten Verhältnisse können auch heute noch Jahr für Jahr zehntausende Mitglieder gewonnen werden, wenn überall zugepackt wird. Mit dem fortwährenden Ruf nach höheren Verbandsunterstützungen wird sich der Aufstieg des Arbeiterstandes bestimmt nicht vollziehen; soviel müssen wir jedenfalls alle aus der Geschichte gelernt haben.

Der Verband braucht endlich mehr und mehr geschulte und charakterfesteste Mitglieder, die sich von den Zeitströmungen nicht beirren lassen. Weder von der roten Fahne, noch vom Sowjet-Stern, noch vom Hakenkreuz wird die Arbeiterschaft aufwärts geführt, ebenso wenig wie von dem seelenlosen Kapitalismus. Aufwärts führen kann die Arbeiterschaft nur das Christentum. Dessen waren sich die Gründer unserer Bewegung schon vor 30 Jahren bewußt, darum haben

sie die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen. Heute müssen wir von dieser Wahrheit erst recht überzeugt sein, wenn wir das Unheil wahrnehmen, das die materialistische Geistesrichtung uns beschert hat.

Schärfen wir darum auf diesem Verbandstage erneut die Waffen, mit denen wir uns durch alle Wirrnisse und Hindernisse einen Weg bahnen, der uns weiter vorwärts und aufwärts führt.

Das Ergebnis der Vorstandswahl.

Der Verbandstag hatte, wie seine Vorgänger, über die Zusammenfassung des Zentralvorstandes zu beschließen. Der Antrag, die bisherigen Vorstandsmitglieder wiederzuwählen, wurde angenommen. Für die ausgeschiedenen Mitglieder Barthel-Gera-Reuß und Huhmann-Essen erfolgte Neuwahl. Der Zentralvorstand setzt sich demnach wie folgt zusammen:

Heinrich Kurtscheid, Köln, Zentralvorsitzender
Christian Schick, Köln, 2. Vorsitzender,
Philipp Stedem, Köln, Kassierer,
Bernhard Deuß, Köln, Schriftleitung,
Johann Krajewski, Köln, Verwaltung.

Die vorgenannten Kollegen bilden den geschäftsführenden Vorstand.

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt:

Scheuble-Köln, **Figge-Böckum**, **Baak-Essen**, **Hatwig-Elberfeld**,
Werder-Düsseldorf, **Plag-Rachen**.

Anschließend berichtete Kollege Stedem-Köln über Kassen- und Finanzwesen, Kollege Krajewski-Köln über Verwaltung, Kollege Deuß-Köln über Verbandsorgan, Fachschrift und Rechtsschutz und Kollege Schick-Köln über Jugendorganisation.

Die danach einsetzende Generalausprache dauerte mehrere Stunden und nahm in mitunter temperamentvoller Weise Stellung zu den vorliegenden Fragen.

Mit den erstgenannten 5 Kollegen des geschäftsführenden Vorstandes bilden letztere zusammen den engeren Vorstand.

Zu diesen treten als Gesamtvorstand die Kollegen:

Uhl-Danzig, **Hack-Frankfurt**, **Melzl-Freiburg**, **Erpenbeck-Mün-
 berg**, **Storch-Hannover**, **Klufmeier-Gonnhausen**.

Zu Kassenrevisoren wurden gewählt die Kollegen:

Meier-Düsseldorf, **Rust-Essen**, **Crippelsdorf-Duisburg**, **Hoheisel-Barmen**.

Als Ersatzleute: **Detten-Duisburg**, **Staudt-Köln**.

Dem bisherigen Vorstandsmitglied Huhmann-Essen, der seine Wiederwahl aus besonderen Gründen abgelehnt hatte, widmete der Verbandsvorsitzende, Kollege Kurtscheid, Worte des Dankes und der Anerkennung für bisherige Mitarbeit und selbstlose Hingabe an die Verbandsaufgabe. Der Verband wird sich stets gerne der geleisteten Dienste erinnern. Den Scheidenden begleiten unsere besten Wünsche für die Zukunft.

Zum Lohn- und Preisproblem.

Auf der Tagung des Reichsverbandes des deutschen Großhandels in Berlin führte der Fabrikant Gütermann in einem Vortrage unter anderem folgendes aus: „Das Zeitalter der Industrialisierung ist vorüber. Rationelle Produktion ist heute selbstverständlich. Es beginnt das Zeitalter der Merkantilisierung, der Sorge um den Absatz.“

Die Erkenntnis, daß nicht nur Bedacht auf die Vermehrung der Produktion von Gütern, sondern auch zugleich auf die Steigerung des Absatzes derselben gelegt werden muß, kommt etwas spät. Hätte unsere Wirtschaft in den letzten Jahren den Grundsatz, daß die Funktion der Wirtschaft nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Verteilung von Gütern besteht, mehr beachtet, es sähe heute bestimmt anders aus. Nachdem angeblich die Rationalisierung beendet ist und man nicht weiß, die gesteigerte Gütermenge unterzubringen, beginnt man mit der Suche nach Absatzmöglichkeiten. Man glaubt diese in erster Linie durch die Senkung der Produktionskosten, die angeblich wiederum nur in der Hauptsache durch die Senkung der Löhne möglich sei, zu schaffen. Dabei weist man vor allem auf die Wiedergewinnung von Absatzmöglichkeiten im Auslande hin, in dem die Löhne bedeutend niedriger sind und somit die Produktionskosten geringer seien. Diese Auffassungen, die wir heute in der Öffentlichkeit hören, und die anscheinend zum guten Ton gehören, könnten zu folgenden Schlüssen führen: 1. daß bei den Konsumenten die Kaufkraft wohl vorhanden sei, daß es aber an der Kaufwilligkeit fehle; 2. daß der größte Teil der deutschen Produktion im Auslande abgesetzt und der Absatz nur durch die hohen Löhne behindert wird; 3. daß die Summe der Produktionskosten gleich sei mit der Summe des Verkaufspreises; 4. daß die Löhne den größten Anteil am Verkaufspreis des Produktes beitragen.

Ist dies der Fall? Wir alle wissen, daß infolge des Krieges in den verschiedensten Ländern eine starke Verschiebung der Industrie eingetreten ist. Einzelne Länder, die vor dem Kriege keine Industrie aufwiesen, haben sich während und nach dem Kriege stark industrialisiert. Die Statistik zeigt ferner, daß der geringste Prozentsatz der in Deutschland erzeugten Güter Absatz im Ausland findet. Die Absatzmöglichkeiten im Auslande werden nicht nur durch niedrige Preise bedingt, sondern auch durch andere Faktoren (politische Maßnahmen, Zoll usw.) in stärkerem Maße beeinflusst. Es wird wohl keiner bestreiten, daß in Deutschland in den letzten Jahren bei den Konsumenten Kaufwilligkeit vorhanden war, daß es aber an der Kaufkraft fehlte. Außerdem ist jedem, der mit den Zusammenhängen in der Wirtschaft vertraut ist, bekannt, daß Produktions-

preis nicht gleich Verkaufspreis ist, sondern meist ein gewaltiger Unterschied zwischen beiden besteht. Bei der Diskussion über die Preisbildung wird zur Zeit in der Öffentlichkeit aber fast nur von den Produktionskosten geredet. Von der Gestaltung der Preise durch andere Faktoren hören wir sehr wenig. Der Arbeiterschaft war es in der vergangenen Zeit vorbehalten, immer wieder darauf hinzuweisen, daß durch die falsche Bewertung der Arbeitsleistung des Produzenten und des Verteilers die Preisbildung, und soweit von der Preisbildung die Absatzmöglichkeiten beeinflusst werden, die Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben hervorgerufen werden. Diese Hinweise versuchte man damals und auch heute zu entkräften. Gütermann sagt in seinem vorhin erwähnten Vortrag dazu folgendes: „Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Ausschaltung eines Zwischengliedes gleichbedeutend sei mit Arbeits- und Kostenersparnis. Die mit der Warenverteilung verbundene Arbeit muß geleistet werden, gleichgültig ob vom Händler oder vom Produzenten.“ Wir gehen mit Gütermann darin einig, daß die Arbeit, die die Warenverteilung erfordert, geleistet werden muß, auch dann, wenn der Handel ausgeschaltet wird. Wir sind der Auffassung, daß in unserer heutigen Wirtschaft der Warenverleiher notwendig und nützlich ist. Uns scheint auch nicht das Entscheidende zu sein, daß der Handel beseitigt wird und das Produkt den direkten Weg vom Erzeuger zum Konsumenten findet. Entscheidend ist für uns, welche Bewertung die Arbeitsleistung des Handels wie jede Arbeitsleistung überhaupt findet. Ist es möglich, daß die Arbeitskraft eines Menschen die des anderen so gewaltig übersteigt, wie es heute in den Einkommen zum Ausdruck kommt? Tagtäglich stellen wir fest, daß das Arbeitseinkommen einzelner das Vielfache anderer beträgt. Aber nicht nur das Einkommen aus angenommener Arbeitsleistung, sondern das arbeitslose Einkommen, das in der Überlassung von Kapital und Eigentum besteht, zeigt dieses Mißverhältnis. Uns scheint, daß in der falschen Bewertung der Arbeitsleistung überhaupt das Grundübel der heute in der Wirtschaft zutage tretenden Schwierigkeiten zu suchen ist.

Zur Zeit streben die Gewerkschaften in verstärktem Maße nach der Erhaltung bzw. Steigerung der Kaufkraft des Lohnes der Arbeitnehmerschaft. Dies kann zu der irrkrümlichen Auffassung führen, als wenn es bei den augenblicklichen Auseinandersetzungen nur um die Steigerung bzw. Senkung des Lohnes ginge. Unsererseits gilt es demgegenüber immer wieder hervorzuheben, daß der Kampf der Arbeitnehmerschaft bisher letztlich um die gerechte sinnvolle Bewertung der Arbeitsleistung wie aller Güter geführt wurde und auch in Zukunft zu führen sein wird. Gr.

Holzwirtschaft.

Im letzten Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung finden wir über die Lage der Holzwirtschaft folgende Ausführungen:

In der Holzwirtschaft verschärften sich in den vergangenen Monaten die konjunkturellen Rückgangstendenzen. Die Umsätze an den Holzmärkten gingen, wenn man von den jahreszeitlichen Schwankungen abieht, zurück; die Holzpreise erreichten einen neuen Tiefstand. Die Beschäftigung in der Holzindustrie verringerte sich — nach der Statistik der Gewerkschaften — im zweiten Vierteljahr um 9,8 v. H. auf 69,1 v. H.

Die Schrumpfung der Umsatztätigkeit an den Holzmärkten war zunächst bedingt durch den geringen Bedarf des Baumarktes und der übrigen Abnehmerindustrien. Darüber hinaus veranlaßte die Unübersichtlichkeit der Preisentwicklung den Handel und die Holzindustrie zu stärkerer Zurückhaltung in den Einkaufsdispositionen, als angesichts der knappen Lagerbestände zu erwarten gewesen wäre. Hauptsächlich aus diesen Gründen blieb die weitere Herabsetzung des Reichsbankdiskonts und die Ermäßigung der Diskontsätze für Holzgeldwechsel bisher ohne nachhaltigen Einfluß auf das Geschäft.

Am Rundholzmarkt waren die Umsätze, der Jahreszeit entsprechend, gering. Wenn trotzdem noch im Mai und Juni verhältnismäßig große Mengen Rundholz — namentlich Fichtenmaterial — aus erster Hand zum Verkauf kamen, so ist dies, soweit es sich nicht um Windwurfholz handelt, darauf zurückzuführen, daß die ungünstige Absatzlage und die unsicheren Preisverhältnisse die rechtzeitige Durchführung der diesjährigen Restverkäufe gehemmt hatten. Die Nachfrage nach Grubenholz war infolge der starken Fördereinschränkungen im Kohlenbergbau gering. Auch der Bedarf an Papierholz, der noch im ersten Vierteljahr sehr beträchtlich gewesen war, ging infolge der Produktionsverminderung in der Papierindustrie zurück.

Der Schnittholzmarkt hatte bis etwa Mitte Mai durch die zahlreichen Bauvollendungen noch eine gewisse Stütze erhalten. In der folgenden Zeit machte sich jedoch die weitgehende Einschränkung der Baubeginne in einem empfindlichen Rückgang der Nachfrage, besonders im Bauholzgeschäft bemerkbar. Zwar dürften die Umsätze gegenüber dem ersten Vierteljahr noch etwas gestiegen sein, doch blieb diese Zunahme beträchtlich hinter der saisonmäßig zu erwartenden zurück.

Die Entwicklung der Rundholzpreise ließ eine einheitliche Tendenz nicht erkennen; Preisrückgängen in vielen Wuchsgebieten standen Preiserhöhungen in anderen Gebieten gegenüber. Diese Unterschiede in der Preisgestaltung zeigten sich vorwiegend bei Fichtenholz. Sie waren z. T. dadurch bedingt, daß in den letzten Monaten vielfach geringwertiges Material und Restposten zum Verkauf kamen, die nur unter Preisnachlässen abgesetzt werden konnten.

Die Schnittholzpreise haben dem Druck der ungünstigen Absatzverhältnisse auf dem Binnenmarkt weitgehend nachgegeben. Dabei sind die Bauholzpreise stärker gesunken als die Preise für hochwertige Tischlerware, die den schon im ersten Vierteljahr erreichten Tiefstand nur wenig unterschritten haben.

Vergleicht man die Entwicklung der deutschen Holzpreise in den letzten Jahren, so zeigt sich, daß die Rundholzpreise seit Ende 1927 — abgesehen von jahreszeitlichen Schwankungen — unaufhörlich, im ganzen um 39 v. H., gesunken sind und gegenwärtig den Tiefstand von Anfang 1926 wieder erreicht haben. Die Schnittholzpreise sind in stärkerem Grad erst seit 1929 zurückgegangen und liegen gegenwärtig um 16,6 v. H. unter dem Höchststand von 1927.

Diese Preisgestaltung — stark sinkende Rohstoffe, schwächer zurückgehende Preise für Halbfabrikate — ist von entscheidender Bedeutung für die Konkurrenzverhältnisse auf den Holzmärkten. Die Senkung der Rundholzpreise führte zu einer zunehmenden Verdrängung ausländischen Rundholzes vom Binnenmarkt. Die Rundholzeinfuhr war schon seit Ende 1927 zurückgegangen und bewegt sich seit Anfang 1930 auf tiefem Stand. Andererseits lösten die niedrigen Preise ein erhöhtes Exportinteresse und steigende Aufnahmeilligkeit der Auslandsmärkte aus. Die Ausfuhr von Rundholz stieg seit 1927 und betrug im Mai dieses Jahres mehr als 50 000 Tonnen; der seit Anfang 1929 zu verzeichnende Ausfuhrüberfluß von Grubenholz erreichte ebenfalls im Mai 1930 mit 35 000 Tonnen seinen bisherigen Höchststand.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 46. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 9. bis 15. November 1930 fällig.

Regelmäßige Teilzahlungen an die Hauptkasse zu senden sind die Kassierer der Zahlstellen und Ortsgruppen verpflichtet.

Die Schnittholzeinfuhr ist dagegen, in Übereinstimmung mit der Bewegung der Schnittholzpreise, erst seit 1928 gesunken. Da, wie schon ausgeführt wurde, die Halbfabrikatpreise dem konjunkturellen Preisdruck zunächst nicht so stark nachgegeben haben wie die Rohstoffpreise, hat die Einfuhr von Schnittholz im ganzen weniger abgenommen als die von Rundholz. Im ersten Halbjahr 1930 war die Rundholzeinfuhr um 11,5 v. H. geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahrs; dagegen ist bei der Schnittholzeinfuhr nur eine Abnahme von 6,5 v. H. eingetreten. Aus den gleichen Gründen konnte auch die Ausfuhr von Schnittholz nicht in demselben Maß gesteigert werden wie der Rundholzexport.

Holzeinfuhr.

Zeit	Nadel-	Nadel-	Nadel-	Gruben-	Laub-	Laub-	Sper-
	rund-	schnitt-	papier-	holz	holz	holz	
	holz	holz	holz	holz	(hart)	(weich)	holz
	1000 RM.						
1926	1 578 270	902 120	1 833 270	320 780	15 307	17 968	1 919
1927	2 028 590	2 024 380	1 911 480	475 500	32 079	32 363	8 879
1928	2 558 950	2 366 160	2 259 080	444 450	45 255	45 423	15 219
1929	1 544 140	1 645 390	2 533 870	285 210	32 904	32 576	15 154
1929 1. Hj.	288 030	268 670	285 630	47 970	8 728	9 300	4 335
2. "	352 980	297 540	257 890	68 710	10 158	6 500	4 103
3. "	518 910	609 200	1 237 440	81 790	8 449	10 179	3 353
4. "	384 220	469 950	752 910	86 740	5 569	6 597	3 363
1930 1. "	259 720	281 180	328 240	52 340	7 344	11 631	4 027
2. "	307 180	264 080	435 410	39 370	6 402	6 707	3 363

Der Rückgang in der deutschen Holzeinfuhr entfällt vor allem auf die Zufuhren aus Schweden und den übrigen Ostseestaaten, mit Ausnahme von Rußland. Dagegen konnte sich Schnittholz aus Polen und der Tschechoslowakei infolge der niedrigen Preise in diesen Ländern besser auf dem deutschen Markt behaupten. Die Einfuhr von Rund- und Schnittholz, besonders aber von Papierholz aus Rußland hat, bedingt durch die russischen Schleuderpreise, weiterhin stark zugenommen.

Mit Beginn der neuen Einschlagperiode dürfte an den Rundholzmärkten eine jahreszeitliche Belebung der Umsätze zu erwarten sein. Die Preise für Nadelrundholz pflegen nach einem Rückgang bis Oktober im November-Dezember saisonmäßig wieder anzusteigen. Auch der Schnittholzabsatz erhöht sich im allgemeinen noch bis etwa gegen Ende des Jahres. Ferner sind sowohl durch den allgemeinen Konjunkturabschwung wie durch die Entwicklung der Holzwirtschaft selbst gewisse Voraussetzungen für eine Zunahme der Geschäftstätigkeit in der Holzwirtschaft geschaffen worden. In dieser Richtung wirken insbesondere die Flüssigkeit des Geldmarktes, der geringe Umfang der Lagerbestände und die Entwicklung der Holzpreise.

Schon seit 1928 wurde der laufende Bedarf an Holz zu einem beträchtlichen Teil aus Lagerbeständen befriedigt. Trotz des Bedarfsrückgangs haben sich die Holzvorräte auch in den vergangenen Monaten noch verringert. In absehbarer Zeit dürfte sich daher für Händler und Fabrikanten die Notwendigkeit ergeben, stärkere Eindedungen vorzunehmen. Der niedrige Stand der Preise und der Zinssätze am Geldmarkt erleichtert der Wirtschaft das Halten größerer Lagerbestände und gibt somit einen Anreiz für die Wiederauffüllung der während des Konjunkturabschwungs geräumten Lager. Aller Voraussicht nach werden die Deckungskäufe stark zunehmen, sobald die Preisensenkung zum Stillstand kommt. Endlich ist

zu berücksichtigen, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und die Beschaffungspläne der Reichsbahn erhöhte Nachfrage auch an den Holzmärkten entstehen kann.

Diesen Antriebskräften stehen aber — neben der geringen Aufnahmefähigkeit des Baumarktes, des Kohlenbergbaus und weiterer Abnehmergruppen — als hemmende Faktoren das erhöhte Angebot aus noch nicht abgesetzten Restbeständen der letzten Einschlagsperiode, aus Liquidations- und Notverkäufen, sowie der von den russischen Holzverkäufen ausgehende starke Preisdruck gegenüber.

Es erscheint daher zweifelhaft, ob das Holzgeschäft in den kommenden Monaten die saisonmäßige Höhe erreichen wird.

In der Sägeindustrie ging die Beschäftigung abweichend von der saisonmäßig zu erwartenden Belegung leicht zurück; sie blieb damit im ganzen noch unter dem Tiefstand von 1926. Die Beschäftigung in der Sperrholzindustrie nahm schon im Mai — ebenfalls im Gegensatz zur saisonüblichen Bewegung — ab. Bei der geringen Nachfrage des Baumarktes und der übrigen Abnehmerindustrien kann für die kommenden Monate kaum mit einer Zunahme von Beschäftigung und Absatz in der Säge- und Sperrholzindustrie gerechnet werden.

Der Beschäftigungsgrad der Möbelindustrie hat sich in den vergangenen Monaten weiter verringert, während saisonmäßig eine Zunahme zu erwarten gewesen wäre. Der Möbelhandel ist, besonders infolge der ungünstigen Entwicklung der Bautätigkeit, sehr zurückhaltend im Einkauf. Die Umsätze im Möbel Einzelhandel sind, nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen, in den letzten Monaten zwar noch etwas gestiegen, doch hat sich die Zunahme verlangsamt. Für die kommende Zeit dürfte eher mit einem konjunkturellen Rückgang der Umsätze zu rechnen sein. Die Beschäftigung in der Pianoindustrie betrug nach der Statistik der Gewerkschaften im Juni nur noch rund ein Drittel der durchschnittlichen Beschäftigung des Jahres 1925. Die Ursachen für diesen starken Rückgang sind zum Teil struktureller Natur. Ferner wird der Klavierabsatz von der konjunkturellen Minderung der Einkommen besonders schwer getroffen, weil etwa 80 v. H. aller Klaviere auf Teilzahlung gekauft werden. Die Beschaffung von Teilzahlungskrediten stößt gegenwärtig noch auf große Schwierigkeiten. Die Klavierausfuhr wird durch die hohen Zölle in den wichtigsten Absatzländern sowie durch die Erstarkung ausländischer Konkurrenz gehemmt.

Der Holzexport im ersten Halbjahr 1930.

Obwohl die Lage auf dem europäischen Holzmarkt keineswegs günstig ist, haben die nordischen Staaten, so meldet der „Wirtschaftsblenz“ Hamburg, im ersten Halbjahr 1930 größere Mengen Holz exportiert, als im ersten Halbjahr 1929. In Finnland zeigt die Holzausfuhr dem Werte nach eine Steigerung von 825,1 auf 891,7 Millionen Fmk. Mengemäßig gesehen ist die Zunahme besonders groß beim unbearbeiteten Nadelholz, von dem 789 759 cbm ausgeführt wurden gegen 579 479 cbm im Vorjahre. Die Steigerung entfällt besonders auf Grubenholz, dessen Exportmenge von 234 749 auf 441 879 cbm gestiegen ist, während der Zelluloseholzexport nur eine Zunahme von 315 358 cbm auf 328 720 cbm zeigt. Die Ausfuhr von gesägtem Holz nahm zu, und zwar von 1 183 995 cbm auf 1 266 924 cbm, dabei zeigen die Battens eine kleinere Ausfuhrmenge (428 914 cbm gegen 443 691 cbm), die ungehobelten Bretter dagegen eine größere (563 046 gegen 484 189 cbm). Sperrholz ist in etwas geringerer Menge ausgeführt worden (44 968 gegen 48 041 t), ebenso Spulen (2713 gegen 2908 t). Die Ausfuhr von Papiermasse zeigt weiter steigende Tendenz, und zwar beträgt sie bei Zellulose 236 208 t gegen 225 556 t im Vorjahr und bei Holzschliff 75 205 gegen 67 922 t.

Bei Schweden ist die Ausfuhr von unbearbeitetem Nadelholz von 54 083 auf 50 381 cbm zurückgegangen. Die Ausfuhr von Grubenholz ist von 232 441 auf 264 088 cbm gestiegen, dagegen ist die Ausfuhr von Zelluloseholz ganz beträchtlich zurückgegangen, und zwar von 61 494 auf 26 768 cbm. Beim Schnittmaterial ist an breiter Ware weniger exportiert worden, da darin ein großes Angebot aus Rußland herrscht; bei schmaler Ware ist die Exportmenge größer. Auch an gehobelten Brettern ist mehr ausgeführt worden, dagegen zeigt der Export von Kistenbrettern und Latten einen beträchtlichen Rück-

gang. Die Ausfuhr von Papiermasse ist teilweise sogar beträchtlich kleiner als im Vorjahre.

In Norwegen ist die Holzausfuhr insgesamt zurückgegangen. Der Rückgang zeigt sich allerdings nur bei dem gehobelten Schnittmaterial, während alle übrigen Holzarten in größerer Menge exportiert wurden. Bei Papiermasse ging die Ausfuhr von Zellulose zurück, während die von Holzschliff gestiegen ist.

Die Holzausfuhr aus Polen ist mengenmäßig im ersten Halbjahr 1930 mit 1,4 Millionen Tonnen um etwa 15 Prozent kleiner geworden, wertmäßig bleibt sie um beinahe 20 Prozent hinter dem ersten Halbjahr 1929 zurück.

Auffallend ist die starke Zunahme der Ausfuhr nach Schweden, wohin fast ausschließlich Laubhölzer, und darunter wieder vor allem eichene Friesen geliefert wurden. Die Ausfuhr nach Belgien und Holland leidet besonders stark unter der russischen Konkurrenz. Die Zunahme der Schnittholz ausfuhr nach Deutschland entspricht ziemlich genau der verminderten Rundholz ausfuhr dahin.

Die Grubenholz ausfuhr hatte ihren Höhepunkt 1927 mit 539 000 t im ersten Halbjahr, davon 289 800 t nach Deutschland. 1930 betrug die Ausfuhr nach Deutschland nur noch 82 300 t gegen 110 900 t im ersten Halbjahr 1929. Auch die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei ist diesmal mit 38 600 t wieder um 7300 t kleiner, die nach England mit 62 360 t um über 8000 t kleiner, nur die nach Frankreich ist mit 4600 t ein wenig gestiegen. Der Rückgang der Papierholz ausfuhr um 86 000 t entfällt hauptsächlich auf Deutschland, wohin 325 910 t gingen, gegen 410 544 t im ersten Halbjahr 1929. Überraschend belebt hat sich das Schwellengeschäft, das nur 1925 und 1926 etwas besser gewesen ist. Die Belegung kommt fast ausschließlich durch den vergrößerten Absatz nach England, wohin fast nur weiche Schwellen gingen; die Ausfuhr nach Deutschland geht ununterbrochen zurück. Das Geschäft in Telegraphenstangen hat in den letzten Jahren nur wenig geschwankt. Zugenommen hat die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei, nach Rumänien und nach England; nach Belgien und Frankreich ist sie annähernd die gleiche geblieben und die nach Deutschland stellte sich auf 6138 t gegen 2171 t im ersten Halbjahr 1929. Die Sperrholz ausfuhr nach Deutschland ist gestiegen, die nach den meisten anderen Ländern zurückgegangen, da der Wettbewerb von Rußland, Finnland und Lettland zu groß ist. Nach Deutschland wurden im ersten Halbjahr 1930 1226 t ausgeführt gegen 926 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres, nach England 5531 t gegen 7317 t, nach Belgien 1955 t gegen 2575 t, nach Holland 1685 t gegen 1816 t. Auch das im Vorjahr neu erschlossene Absatzgebiet Argentinien war wenig aufnahmefähig und erhielt nur 442 t. Bei der Tschechoslowakei hat sich die Schleifholz ausfuhr behauptet und die Grubenholz ausfuhr zugenommen. Die übrigen Holzarten zeigen einen Exportrückgang.

Besonders groß ist der Rückgang der Holz ausfuhr aus Österreich im ersten Halbjahr 1930.

Auch Südslawien zeigt, mit Ausnahme der Buchenschwellen, sinkende Holz ausfuhrziffern.

Das Land, das durch seine Exportexpansion die genannten Holzproduzenten vom Markte verdrängt, Rußland, zeigt weiter stark wachsende Ausfuhr. Leider sind ausführliche und neueste Daten noch nicht erreichbar. In der ersten Hälfte des Fiskaljahres stieg die Holz ausfuhr mengenmäßig um 83,6 Prozent. Der Holzexport in der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis 1. Oktober 1930 betrug 2 304 699 t gegen 1 254 943 t vom 1. Oktober 1928 bis 1. April 1929. Nach den vorläufigen Angaben für Juni ist der Holz ausfuhrwert im Juni 1930, verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahres, um 8,7 Millionen Rubel oder 50 Prozent auf mehr als 23 Millionen Rubel gestiegen.

Rundschau.

Neuregelung der Krisenfürsorge

Mit dem 3. November dieses Jahres tritt eine Neuregelung der Krisenfürsorge in Kraft. Danach erhalten die Arbeitslosen mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen in der Krisenfürsorge statt der Unterstützungssätze der Lohnklasse VI die der Klasse V, statt der Lohnklassen VII und VIII die der Klasse VI, statt der Lohnklassen IX bis XI die der Klasse VII. Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen erhalten in der Lohnklasse V die Sätze der Klasse IV und in den höheren Klassen jeweils die Unterstützungssätze der nächstniederen Lohnklasse wie oben genannt. Demnach betragen die wöchentlichen Unterstützungen bei einem

Verdienst	ledig	Familienzuschläge				
		1	2	3	4	5
RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
bis 10,00	6,00	6,40				
10,01—14,00	7,80	8,40	9,00	9,60		
14,01—18,00	8,80	9,60	10,40	11,20	12,00	
18,01—24,00	9,87	10,92	11,97	13,02	14,07	15,12
24,01—30,00	9,87	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
30,01—36,00	9,87	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
36,01—42,00	10,80	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
42,01—48,00	10,80	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
über 48,00	13,20	16,85	18,53	20,48	22,43	24,38

Der auszuzahlende Betrag wird auf den nächsten durch 5 teilbaren Betrag abgerundet.

Hat der Arbeitslose eigenes Einkommen, so wird dasselbe voll angerechnet, soweit es die Unterstützungssätze um ein Fünftel übersteigt. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes kann für Angehörige bestimmter Berufe Durchschnittssätze dafür festsetzen, was nicht angerechnet wird. Von dem Einkommen eines Angehörigen wird der Betrag angerechnet, der 20 RM in der Kalenderwoche übersteigt. Für jede Person, die der Arbeitslose auf Grund familienrechtlicher Unterhaltspflichten ganz oder überwiegend unterhält, erhöht sich der Betrag von 20 RM um 10 RM. Angehörige im Sinne dieser Verordnung sind der Ehegatte, die Eltern, Voreltern und Abkömmlinge, soweit sie mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt wohnen.

Nicht angerechnet werden: Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, Aufwandsentschädigungen für Ausübung öffentlicher Ehrenämter, Leistungen der Wochenhilfe, Übergangsrente und Pflegegeld aus der Unfallversicherung, Zusatzrente, Pflege- und Führerzulage, aus der Reichsversorgung sowie Leistungen aus der öffentlichen Fürsorgepflicht.

Die Gewährung der Krisenunterstützung ist abhängig von einer Bedürftigkeitsprüfung.

Wichtig sind die Übergangsbestimmungen: Arbeitslose dürfen zur Krisenunterstützung neu nur dann zugelassen werden, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden. Um zu verhindern, daß sich die erfolgte Abkürzung der Unterstützungshöchstdauer von 52 oder 45 Wochen bereits in den bevorstehenden letzten Monaten des Jahres und an demselben Termin auswirkt, gilt nach den Übergangsbestimmungen die alte Unterstützungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen zunächst bis zum 10. Januar 1931 fort. Erst von diesem Tage ab tritt die verkürzte Dauer praktisch in Wirksamkeit. Arbeitslose, die an diesem Tage noch in der Unterstützung sind und ihre neue Unterstützungshöchstdauer von 32 oder 45 Wochen erreicht oder überschritten haben, müssen am 17. bzw. 24. Januar ausscheiden. Wer am 10. Januar noch nicht 32 oder 45 Wochen in Unterstützung war, kann bis zur Erreichung dieser Höchstgrenze, also auch über den 17. bzw. 24. Januar hinaus, in der Unterstützung bleiben. Arbeitslose mit kurzer Anwartschaftszeit können vom 5. November 1930 ab nicht mehr neu zur Krisenfürsorge zugelassen werden. Befinden sie sich jedoch am 3. November in Unterstützung, so können sie längstens bis zum 28. März 1931 in der Krisenfürsorge verbleiben. Wie lange der einzelne Unterstützte in der Fürsorge bleibt, richtet sich nach dem Einzelfall. Bis zum 10. Januar 1931 besteht also auch für sie die alte Bezugshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen. Wer von ihnen am 10. Januar 1931 die neue Dauer von 32 oder 45 Wochen erreicht oder überschritten hat, scheidet am 17. bzw. 24. Januar aus. Wer aber z. B. seit dem 23. Juni 1930 Unterstützung bezieht, kann bis zum 31. Januar 1931 in der Fürsorge bleiben, wenn es sich um einen noch nicht 40 Jahre alten Arbeitslosen handelt. Für einen über 40 Jahre alten Arbeitslosen würde die Unterstützung erst nach 45 Wochen, also am 2. Mai 1931, enden, tatsächlich endet sie aber schon am 28. März 1931, da Personen mit kurzer Anwartschaft nach diesem Termin nicht mehr Krisenunterstützung erhalten können.

50. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts. Auf Grund einer Einladung der belgischen Regierung hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts seine 50. Tagung in Brüssel abgehalten. Einer der wichtigsten Gegenstände der Tagesordnung war die Frage des Arbeitsplanes der Internationalen Arbeitskonferenz in den nächsten Jahren. Auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1931 steht die Frage des Zulassungsalters zur Arbeit in nicht gewerblichen Betrieben, sowie die Prüfung der Zehnjahresberichte über die Durchführung der in Washington 1919 und in Genua 1920 angenommenen Aberein-

kommen. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, die Frage der Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellennachweise auf die Tagesordnung der Konferenz von 1932 zu setzen. Der englische Regierungsvertreter ersucht das Internationale Arbeitsamt, die zur wirksamen Bekämpfung der Silikose bei den Bergarbeitern geeigneten Maßnahmen eingehend zu prüfen. Ferner hat der Verwaltungsrat einstimmig beschlossen, die Frage der Alters- und Invalidenversicherung auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1932 zu setzen. Weiter wurden folgende Fragen vorläufig für die Tagesordnung vorgelesen: 1. Bezahlter Urlaub, 2. Arbeitslosenversicherung. Im weiteren Verlauf seiner Beratungen hat sich der Verwaltungsrat mit den Schiffsfragen befaßt und die Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamts über Organisation und Zusammenfassung der vorbereitenden technischen Konferenz im Jahre 1931 wurden angenommen. Die Konferenz soll im Oktober 1931 stattfinden. Eingeladen werden alle Staaten, die über Handelsschiffe verfügen und deren Gesamttonnage mindestens 250 000 Tonnen beträgt. Dabei werden Schiffe mit weniger als 100 Tonnen Wasserverdrängung nicht berücksichtigt.

Zur Frage der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken hat der Verwaltungsrat zur Versendung des vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Fragebogens an die Regierungen seine Zustimmung gegeben. Er beauftragt das Internationale Arbeitsamt ferner für den Fall, daß die Konferenz nur eine Beratung beschließt, einen Blaubericht auf der Grundlage der Regierungsantworten vorzubereiten, der gleichzeitig einen oder mehrere Übereinkommensentwürfe enthalten soll. Der Verwaltungsrat hat ferner mit 16 gegen 5 Stimmen eine vom deutschen Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Dr. Weigert, eingebrachte Entschließung angenommen, wonach der Graublaubericht über die Arbeitszeit in den Bergwerken, der bis jetzt nur die Steinkohlenbergwerke berücksichtigt, vom Internationalen Arbeitsamt zu gegebener Zeit durch die erforderlichen Unterlagen über die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau ergänzt wird.

Bei der Aussprache über den Bericht des Direktors wurde darauf hingewiesen, daß die Neuwahl des Verwaltungsrats im Jahre 1931 stattfinden muß. Um die bereits grundsätzlich beschlossene Erweiterung des Verwaltungsrats zu ermöglichen, muß das Übereinkommen zur Abänderung des Art. 389 des Friedensvertrages noch von vier im Völkerbundsrat vertretenen Staaten ratifiziert werden (Italien, Venezuela, Peru, Guatemala). Das Internationale Arbeitsamt wird alles tun, um diese Ratifikationen zu beschleunigen. In dem Bericht des Direktors zur Frage des Zulassungsalters von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Betrieben wird vorgeschlagen, dieses Alter auf 14 Jahre festzusetzen. Verschiedene Delegierte haben 12 Jahre vorgeschlagen. Der Bericht wurde in seiner ursprünglichen Fassung angenommen. Der Vertreter der britischen Regierung erklärte erneut, daß seine Regierung trotz der zahlreichen Schwierigkeiten nach wie vor bereit sei, das Washingtoner Übereinkommen zu ratifizieren.

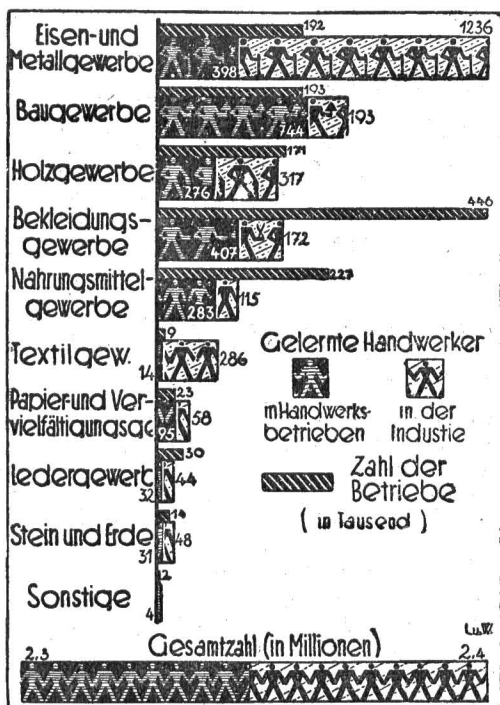
Der Verwaltungsrat hat neben einer Reihe von Berichten auch das beratende Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag über die Zulassung der Freien Stadt Danzig zur Internationalen Arbeitsorganisation zur Kenntnis genommen. Der Vertreter der polnischen Regierung hat erklärt, er werde alles tun, um eine beide Teile befriedigende Lösung gemeinsam mit der Freien Stadt Danzig herbeizuführen.

Schließlich hat der Verwaltungsrat den Beginn der 15. Internationalen Arbeitskonferenz auf den 28. Mai in Genf festgesetzt. Der Verwaltungsrat wird am 26. und 27. Mai tagen. Die nächste Tagung des Verwaltungsrats beginnt am 19. Januar in Genf.

Der deutsche Arbeiter ist Qualitätsarbeiter! Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England wirkt sich seit vielen Jahren in der englischen Einwanderungspolitik dahin aus, daß ausländischen Arbeitskräften nur in äußerst seltenen und dringlichen Fällen und auch dann nur eine ziemlich kurz befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. In Frage kommen dafür eigentlich nur besonders qualifizierte Facharbeiter, wenn es solche auf dem englischen Arbeitsmarkt nicht oder nicht in genügender Anzahl gibt. Von welcher Bedeutung diese Facharbeiter werden können, hat ein Vorfall erwiesen, der sich kürzlich in einer Glas- und Lampenfabrik in Yorkshire abgespielt hat. Es ging um die Erlaubnis zur Weiterbeschäftigung eines für unentbehrlich erachteten deutschen Arbeiters. Nachdem die Firma lange vergeblich auf den Eingang der beim Innenministerium beantragten Erlaubnis gewartet hatte und damit rechnete, sie über-

haupt nicht zu erhalten, kündigte sie die Absicht einer Schließung des Werkes auf eine Woche an. Gleichzeitig machte sie dem Innenministerium von ihrem Entschluß Mitteilung, wobei sie es nicht unterließ, darauf hinzuweisen, daß von der Schließung der Werke 400 Arbeiter betroffen werden würden. Von besonderem Interesse war die Erklärung des Werkdirektors, daß die Firma solche erstklassigen ausländischen Facharbeiter einstellen müsse, da der englische Facharbeiternachwuchs in vielen Industrien entweder ausgestorben oder untauglich sei. Die Firma brauchte indessen ihre Ankündigung nicht wahrzumachen, da durch Zufall am gleichen Tage der auf ein weiteres Jahr verlängerte Paß des deutschen Arbeiters bei ihr eintraf.

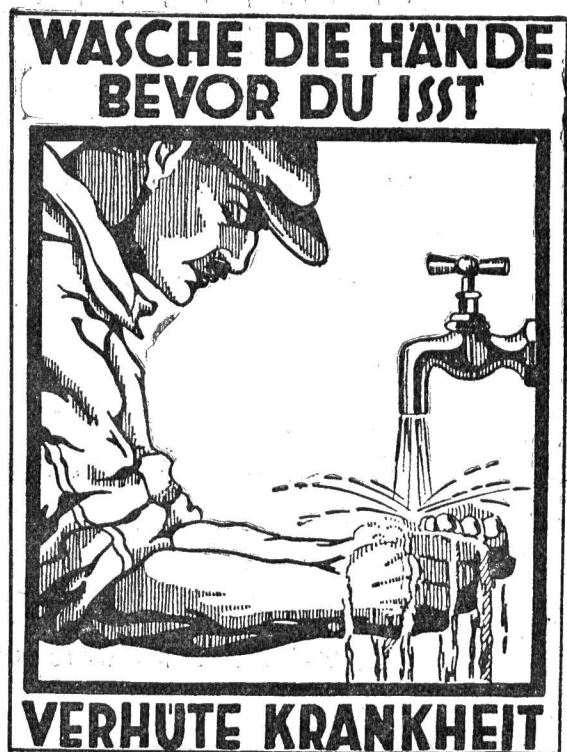
Dem Können des deutschen Fach- und Qualitätsarbeiters kann wohl kein glänzenderes Zeugnis ausgestellt werden, als es durch diesen Vorgang geschehen ist. Jeder Deutsche muß sich darüber aufrichtig freuen. Es ist nicht zuletzt unsere hochstehende Arbeiterschaft, auf die wir die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg unserer Wirtschaft trotz aller Schwierigkeiten zu gründen berechtigt sind.



Was arbeiten die gelernten Arbeiter in Deutschland?

Von den 4,8 Millionen gelernten Handwerkern in Deutschland sind nur 48 Prozent in der Handwerkswirtschaft tätig. Rund die Hälfte aller Handwerker ist sonach außerhalb der Handwerkswirtschaft tätig. Dadurch sind die Fäden zwischen Industrie und Handwerk heute vielfältig geknüpft. Beider Interessen an der Ausbildung des gewerklichen Nachwuchses gehen parallel. Aus dem Handwerk als Mutterboden sind ja nachweisbar große Industrieunternehmen hervorgewachsen. Dieser Mutterboden für das Heranwachsen von Fabrikbetrieben aus kleinen Anfängen wird das Handwerk auch künftig bleiben. Auch in Zukunft wird es seinen Arbeitern Möglichkeiten des Aufstiegs bieten. Das Schaubild zeigt die Streuung der handwerklich gelernten Arbeiter in den einzelnen Wirtschaftsgruppen.

Sauberkeit ist Krankheitsverhütung! In manchen Betrieben wird mit Material gearbeitet, das giftig wirkt, wenn es in den Körper kommt. Wer auf der Arbeitsstelle in der Frühstückspause Nahrungsmittel zu sich nimmt, die er mit ungewaschenen Fingern anfäßt, wird die Strafe für seine Sorglosigkeit und Unordentlichkeit sehr bald am eigenen Leibe spüren. Bekanntlich enthalten auch einige,



vornehmlich exotische Holzarten, die heute zur Verarbeitung gelangen, Giftstoffe. Es ist nur ein schwacher Trost, daß derartige „Gewerbekrankheiten“ von der Berufsgenossenschaft entschädigt werden. Keine Rente wiegt die Schmerzen, Qualen, Nöte und Sorgen auf, die derartige Krankheiten mit sich bringen. Aber auch jeder andere Mensch, der nicht gerade in solchem gefährdeten Betriebe arbeitet, sollte es als selbstverständliche Pflicht gegen sich selbst auffassen, nur mit tadellos gesäuberten Händen zu essen. Überall ist die Luft erfüllt von jenen winzig kleinen, nur mikroskopisch sichtbaren Krankheitserregern, die wir Bazillen und Bakterien nennen. Besonders im Staub lagern sie sich in unheimlichen Mengen ab und behalten fast unbeschränkte Zeit hindurch ihre Fähigkeit, krank zu machen. Wer nun mit staubigen und arbeitsbesmutzten Fingern sein Frühstücksbrot anfäßt, sich den Mund wischt, die Hände mit dem Taschentuch säubert, das er nachher wieder zum Mundwischen benutzt, der verpflanzt gewissermaßen künstlich diese Krankheitserreger in seine inneren Organe. Beim Zusammentreffen besonders unglücklicher Zufälle kann er sich also auf diese Weise schwere und unangenehme Krankheiten zuziehen. Freilich soll man durch solche Mahnung nicht zu übertriebener Bazillenangst sich verleiten lassen.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.
Der „Solzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Solzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Die Fachschrift die jeder strebsame Tischler haben muß:
Handwerkskunst im Holzgewerbe
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich
Bestell: bei Postanstalten oder direkt
VERLAG KÖLN · VENLOERWALL 9

Sprechmaschinen-Laufwerke in allen Preislagen
Hobel

z. Selbst-**la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend)** nebst allem Zubehör, wie Mutttern, Gummimutter-lagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 30-cm-Plattenteiler mit Tuchbezug, Nickelklapp-bügelarm, **la. Aluminium-Mark 26.—.** um-Schalldose nur
Versand per Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. **Katalog gratis und franko von**
Robert Husberg, Neuenrade 9 i.W. No. 9

Intarrien jeder Art
Katalog
gegen 0.50 Mark in Briefmarken
E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II